

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Gesche Marxfeld

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Michael Kunze

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Stellv. Ausschussvorsitzender Michael von Teichman

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart

Schülervertretung

Schülervertreter René Gommers

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Krauß

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Matthias Thode

Gäste aus den Schulen

Frau Friedhoff (GS St. Martin), Frau Löbach und Herr Huiskens (BBS), Frau Dr. Nitt (OBS Franziskusschule), Herr Fischer (NGW), Herr Pommer (OBS Stadtmitte), Herr Schmacker (Planungsgruppe neue OBS), Herr Stöver (Marion-Dönhoff-Schule)

Gäste der Jadebay

Frau Tapper, Frau Wielenberg

Verwaltung

1. Stadtrat Herr Schönfelder, Referatsleiterin Frau Winkel-Fiedelak, Frau Enns, Herr Frank, Herr Neumeister, Herr Ralle, Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Mitteilungen und Anfragen
- 3.1 Informationen zur Generalistik der Pflegeberufe
- 3.2 Informationen zum Leseförderungsprogramm „Julius-Club“
- 3.3 Informationen zur Marion-Dönhoff-Schule
- 3.4 Informationen zu den Anmeldezahlen im 5. Jahrgang
- 3.5 Informationen zum Studienseminar G/H/R
- 3.6 Informationen zum DigitalPakt
- 3.7 Hinweis zur neuen Oberschule
- 3.8 Anfrage zu Schwimmbadöffnungen
- 3.9 Anfrage zur Transferagentur
- 3.10 Anfrage zur Inklusion

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende **Frau Weinstock** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

3 Mitteilungen und Anfragen

3.1 Informationen zur Generalistik der Pflegeberufe

Herr Neumeister (Koordinator der generalistischen Pflegeausbildung) berichtet, trotz der Corona-Pandemie viel erreicht zu haben. So ist der Verbundvertrag unterzeichnet und es lassen sich gute Schülerzahlen feststellen. Er berät vor Ort in offener und ehrlicher Form, was zu einer sicheren Entscheidung zur Ausbildung führt. Nun steht das nächste Ausbildungsjahr an – bald wird nur noch generalistisch gedacht.

Anschließend stellen **Frau Wielenberg** und **Frau Tapper** das Projekt „Schüler goes Pflege“ der Jadebay vor. Dabei verweist **Frau Tapper** auf das stete Ansteigen der Zahl Pflegebedürftiger und die Entwicklung der Altersgruppen in der Region. **Frau Wielenberg** geht auf die Generalistik ein und erklärt, dass die Auszubildenden entscheiden, in welchem Betrieb er seine Prüfung ablegt.

Auf die Anlage „Vorstellung Schüler goes Pflege...“ wird verwiesen.

Auf Fragen von **Frau Weinstock** teilt **Herr Neumeister** mit, dass die Auszubildenden meist über einen Realschulabschluss verfügen und mit einem Hauptschulabschluss der Beruf PflegeassistentIn gelernt werden kann, was ein zweites Standbein darstellt, um dem Pflegepersonalbedarf abzubilden. Neun von 49 Auszubildenden haben während der Probezeit die Ausbildung abgebrochen.

Herr Schönfelder teilt mit, dass die Stelle der Pflegekoordination mit Herrn Neumeister weiterbesetzt werden soll. Hierzu folgt die Einbeziehung des SchA.

Zur Frage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärt **Herr Neumeister**, dass die Patientenbetreuung nicht nur durch auf Generalistikebene ausgebildete Kräfte gewährleistet werden kann. Die Initiative von Herrn Gesundheitsminister Spahn zur Schaffung von 20.000 Pflegeassistentenstellen begrüßt er, damit die Versorgung gesichert werden kann. Die Generalistik ist ein guter und professioneller Ansatz, der aber spät kommt. Er begrüßt das Voranbringen der Akademisierung, um die Pflegefähigkeit auch endlich auf Augenhöhe mit dem ärztlichen Dienst zu bekommen.

3.2 Informationen zum Leseförderungsprogramm „Julius-Club“

Herr Ralle - Leiter der Stadtbibliothek - erklärt mit dem Julius-Club eine landesweite Leseförderungsaktion, die in den Ferien mit regelmäßigen Veranstaltungen stattfindet. Zielgruppe sind die Jahrgänge 5 bis 8. Finanziert wird die Aktion durch die VGH-Stiftung. In den Schulen wird die Aktion beworben, z. B. durch die Leitfäden für Lehrkräfte.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärt **Frau Enns**, dass die Stadtbibliothek die Grundschulbibliotheken mit aktueller Literatur bestückt. Der Etat umfasst 15.000,- € und die Schulen werden nach Schülerzahl versorgt. Die Zusammenarbeit mit einigen Schulen ist sehr gut, mit anderen hingegen ausbaufähig.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich **Frau Winkel-Fiedelak**, **Herr Burkhardt**, **Frau Weinstock**, **Herr Dr. von Teichman** und **Frau Heide**.

Auf die unter <https://cloud.kochstrasse.de/index.php/s/2nCTqe0HrTwA6kw> und https://alf-hannover.de/sites/default/files/julius_leidfaden_f_lehrkraefte_2021.pdf einsehbaren Informationen wird verwiesen.

3.3 Informationen zur Marion-Dönhoff-Schule

Mit Hochdruck wird laut **Herrn Hofmann** nach einem Ausweichquartier gesucht. Der Raumbedarf wurde abgestimmt mit der Schule und beläuft sich u. a. auf mind. 15 allgemeines Unterrichtsräume, Fachräume und einen Verwaltungsbereich. Er spricht sich deutlich für einen Standort im Stadtnorden aus, weil ein ständiges Pendeln zwischen den Standorten für die Lehrkräfte mit Blick auf die Stundenplangestaltung sehr schwierig zu gestalten ist.

Herr Stöver gibt nach einhelliger Worterteilung an, dass ein Standort aus Schulsicht im Stadtnorden zwingend erforderlich ist. In Frage kam zunächst das Gebäude in der Kniprodestraße, welches aber im jetzigen Zustand nicht geeignet ist. Betrachtet wurden auch Räume der Wiki in der Albrechtstraße. Die Schule kann sich ein Containerdorf auf dem Sportplatz an der Albrechtstraße gut vorstellen. **Frau Winkel-Fiedelak** ergänzt, dass sich die Option Kniprodestraße zerschlagen hat, weil die Raumgröße dort nicht ausreichend ist.

Herr Schönfelder erklärt, dass bei einem Ausschließen des Pendelns sich der Kreis in Frage kommender Gebäude sehr einschränkt. Er gibt weiter an, dass die Ver-

sicherungsleistung allein nicht für eine Bereitstellung eines Ausweichquartiers reichen wird, sondern die Stadt eigene Mittel einsetzen muss. **Herr Schönfelder** weist auf Räume in Gebäude Bremer Straße 84 hin. Dort nutzt zzt. die VHS Räume, wozu es vorsorglich eine fristgerecht Kündigung gab. Die Räume sind grundsätzlich geeignet, wenn auch nicht im notwendigen Umfang, so dass zusätzliche Unterbringung mittels Containern nötig wird. In der letzten VV-Sitzung wurde GGS beauftragt, die bisherigen Planungen in ein abschließendes Handlungs- und Finanzierungskonzept einzuarbeiten. Die Kämmerei ist eingebunden. Er kündigt wegen der kurzen Fristen vorsorglich die Anberaumung außerordentlicher Sitzungen an.

Frau Weinstock, Herr Dr. von Teichman, Frau Marxfeld, Herr Ehlers und Herr Kunze halten es nicht für zumutbar, die SchülerInnen und Lehrkräfte in den Stadt-süden oder die –mitte pendeln zu lassen und sprechen sich für ein Ausweichquartier bzw. ein Containerdorf im Stadtnorden aus. Hinzu verweist **Herr Dr. von Teichman** auf den Raumbedarf der VHS.

Herr Stöver dankt für die Solidarität, die seine Schule und den SchülerInnen heute entgegen kommt. Er schätzt ein, dass Abriss des beschädigten Gebäudeteils und ein Neubau Jahre dauern wird. In solch langer Zeit ist ein weit entferntes Ausweichquartier wie die Bremer Str. 84 nicht akzeptabel. Die pädagogische Arbeit wird erschwert, das Kollegium müsste über Jahre aufgeteilt und getrennt werden. Auch weist er auf die Notwendigkeit von Fachraumcontainern für zwei Standorte hin. Viele weitere Aspekte wie die Mittagsverpflegung, der KME-Zweig und der Sportunterricht müssen berücksichtigt werden.

Die Sitzung wird zwecks Lüftung für ca. 15 Minuten unterbrochen.

Für den Stadtelternrat teilt **Herr Burkhardt** mit, dass ein Ausweichquartier nur im Stadtnorden als Containerdorf unterstützt wird. **Herr Dr. von Teichman** fordert eine schnelle Entscheidung zu Abriss, Neubau oder Sanierung und die Einrichtung eines Containerdorfes. **Herr Ehlers** fürchtet geringere Schulanmeldezahlen im Fall eines weit entfernten Ausweichquartiers. **Frau Heide** fordert, nicht auf Kosten der Marion-Dönhoff-Schule zu sparen.

Herr Schönfelder verweist auf ein bis zur nächsten Sitzung zu erarbeitendes Finanzierungskonzept. Bei einer reinen Containerlösung wird es nicht gelingen, rechtzeitig wieder alle Schüler zu beschulen, weil Container nicht in ausreichender Zahl zu beschaffen sind. Bei den Containern sind Erschließungskosten zu berücksichtigen. Vier bis fünf Jahre Bauzeit sind als realistisch zu betrachten. Eine Beschulung in der Bremer Straße ist nicht optimal, muss aber miteinander diskutiert werden. Nach abschließender Beratung im Verwaltungsvorstand folgt die Gremienbeteiligung. Über die heutige Diskussion und politische Meinung will er den OB und Verwaltungsvorstand informieren.

3.4 Informationen zu den Anmeldezahlen im 5. Jahrgang

Unter Hinweis, dass noch Anmeldungen folgen, teilt **Herr Hofmann** die aktuellen Anmeldezahlen im nächsten 5. Jahrgang mit: Cäcilien-schule 90, FöZ 13, IGS 247 (es

müssen wie jedes Jahr Aufnahmen abgelehnt werden), NGW 160, OBS Franziskusschule ca. 45, Marion-Dönhoff-Schule 28, OBS Stadtmitte 25 und die neue Oberschule 22 Anmeldungen. Insgesamt wurden 637 angemeldet – dies sind mehr SchülerInnen, als sich im jetzigen vierten Jahrgang befinden. Das erklärt sich zum einen mit Doppelanmeldungen, zum anderen mit einem Anteil auswärtiger SchülerInnen (z. B. an der OBS Franziskusschule).

Auf Nachfragen von **Herrn Ehlers** und **Herrn Burkhardt**, erachtet **Herr Fischer** die erneute Sechszügigkeit am NGW auch räumlich als unproblematisch.

3.5 Informationen zum Studienseminar G/H/R

Mit Hinweis auf die einhellige Entscheidung des SchA aus März 2021 für ein Studienseminar G/H/R gibt **Herr Schönfelder** an, dass die Landesregierung inzwischen schriftlich antwortete. Laut Kultusministerium gibt es bereits 21 solcher Seminare und das Angebot ist größer als die Anzahl der eingehenden Bewerbungen. Bezüglich der Wünsche der Studierenden nach Seminarstandorten spricht das Ministerium von einem Klebeeffekt bei Universitätsstädten und Ballungszentren – ein Klebeeffekt, wie er letztlich über die Ansiedlung des Seminars in Wilhelmshaven erreicht werden soll. Im Ergebnis kommt das Ministerium dazu, dass es keinen Bedarf für einen neuen Standort gibt. Mit Lehrkräften im Vorbereitungsdienst ist die Stadt nach Auffassung des Ministeriums sehr gut versorgt. Das Ministerium vermutet, dass das Studienseminar im TWWP untergebracht werden soll, worüber sich **Herr Schönfelder** irritiert zeigt, ist dies doch im Schreiben an das Ministerium nie genannt worden. Alles in den Zentren anzusiedeln ist ein Fehler, auch der ländliche Raum und Oberzentren wie Wilhelmshaven müssen zum Zuge kommen. Weiteres vom Land gibt es noch nicht, die Landesregierung müsste die Seminareinrichtung beschließen. Er hofft, dass die vorläufige Stellungnahme hier diskutiert und überlegt wird, wie die Fehlinterpretation beim Land zurechtgerückt werden kann.

Herr Dr. von Teichman appelliert, sich an die jeweiligen Landtagsabgeordneten für eine Unterstützung zu wenden, wofür sich auch **Frau Heide** ausspricht. **Herr Ehlers** erachtet es als landespolitische Aufgabe, das Land gleichermaßen zu entwickeln. **Herr Burkhardt** empfiehlt, dass die Verwaltung klarstellend mit dem Kultusministerium ins Gespräch kommt.

3.6 Informationen zum DigitalPakt

Herr Frank teilt mit, dass inzwischen zwei Stellenausschreibungen erfolgen konnten (für Personal bei SDW und GGS) und hofft, dass zeitnah die Besetzungen erfolgen können. Weiter gibt er an, dass die im Projekt formulierten Ziele sich nur auf den DigitalPakt beziehen – darüber hinaus erfolgt auch anderweitig die Digitalisierung.

In der Stromversorgung und in der strukturierten Netzwerkverkabelung wurden erhebliche Defizite festgestellt. Für die gesamten infrastrukturellen Maßnahmen wurden die Kosten bislang auf 3,1 Millionen € geschätzt. Bereits erfolgt ist bei der Grundschule Finkenburg die Anbindung an die Lichtwellenleitung. In 2021 sind bau-

liche Maßnahmen in der BBS und im NGW vorgesehen. Weitere Schulstandorte wie z. B. Grundschule Rheinstraße und IGS wurden begangen.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** erläutert **Herr Frank**, dass im Zuge verstärkter digitaler Nutzung die Anzahl von Steckdosen in den Unterrichtsräumen zzt. zumeist nicht ausreicht. **Herr Fischer** spricht sich für Standardisierung aus, gibt aber zu bedenken, dass auch individuelle Ansprüche zu erfüllen sind. **Herr Frank** erklärt, dass die pädagogischen Anforderungen einzelner Schulen z. B. über die Abstimmungsgespräche mit den Schulleitungen Berücksichtigung finden.

3.7 Hinweis zur neuen Oberschule

Frau Weinstock teilt mit, dass der Ganztags an der neuen Oberschule durch das Regionale Landesamt für Schule und Bildung genehmigt wurde.

3.8 Anfrage zu Schwimmbadöffnungen

Frau Heide verweist auf die geschlossenen Schwimmbäder und fragt nach evtl. Öffnungsplänen. **Herr Schönfelder** teilt mit, dass die neue Corona-Verordnung Öffnungen zulässt. Ein konkreter Plan wird nachgeliefert.

3.9 Anfrage zur Transferagentur

Nach dem Sachstand fragt **Herr Dr. von Teichman**. **Herr Schönfelder** wird in nachfolgenden Sitzungen berichten.

3.10 Anfrage zur Inklusion

Herr Burkhardt verweist auf den ausstehenden Vortrag von **Herr Fikus**.

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 18:00 Uhr

Schönfelder
Dezernent

Weinstock
Vorsitzende

Hofmann
Protokollführung